

An
Grosser Gemeinderat der Stadt Zug
Frau Ruth Jorio, Präsidentin
Stadtkanzlei
6301 Zug

Interpellation:

„Wohnungsrenovationen der Nestle-Pensionskasse in der Riedmatt“

Die "Neue Zuger Zeitung" hat bereits zweimal darüber berichtet: An die 100 Mieterinnen und Mieter in der Riedmatt haben eine ungewisse Zukunft vor sich.

- Die Nestle-Pensionskasse renoviert ihre bisher erschwinglichen Wohnungen in der Zuger Riedmatt, was zu Mietzinsaufschlägen zwischen 60 und 80 % führen wird.
- Während der Renovation ab 19.3.01 werden auch grössere Familien zeitweise in nur einem Zimmer hausen müssen - ausgerüstet mit Kochrechauds und Plastikfolien gegen den allgegenwärtigen Staub. Für die Hygienebedürfnisse stehen Gemeinschafts-Duschen und -WC's im Keller oder draussen zur Verfügung.
- Die Information der Mieterschaft war relativ kurzfristig erfolgt und die Diskussionsbereitschaft der Bauherrin beschränkt sich bisher leider auf ein Minimum. Der Vermieteranwalt schreckte nicht einmal vor einem Drohbrief (28.2.01) an die Adresse derjenigen Mieterinnen und Mieterin zurück, die sich in ihrer Not bei der Schlichtungsbehörde in Mietsachen gewehrt hatten. Deshalb haben die betreffenden Mieter sogar den Zuger Stadtrat um Hilfe angerufen (4.3.01).

Die SP-Fraktion weiss, dass die Mietzinserhöhungen und die von der Nestle-PK angebotenen Mietzinsreduktionen während der Bauzeit von gerade mal 30%, juristische Fragen aufwerfen, die nicht im GGR geklärt werden können.

Nicht zuletzt weil ein weiterer grosser Grundeigentümer dem Vernehmen nach in der Riedmatt ähnliches plant und die Stadt Zug in den letzten Jahren schweizweit die höchsten Mietzinssteigerungen aufweist, erhält dieser Fall eine gewichtige politische Dimension. Dies umso mehr, als der Zuger Regierungsrat in seinem Raumordnungskonzept (ROK) vom Oktober 2000 (S.81) festhält:

„Diese Entwicklungen beinhalten die Gefahr, dass die soziale Durchmischung im Kanton Zug abnimmt, insbesondere in einzelnen Quartieren und Siedlungen.“

Es ist eine Tatsache, dass manche Mietpartei in der betroffenen Überbauung weniger als den Schweizer Durchschnittslohn von netto ca. Fr. 4900.- verdient und deshalb nach erfolgter Renovation weit mehr als einen Drittel ihres Einkommens für die Miete wird ausgeben müssen.

Wir bitten deshalb den Stadtrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

- 1) *Teilt der Stadtrat die vom Regierungsrat im ROK geäußerte Meinung zur sozialen Durchmischung im Kanton und insbesondere in der Stadt Zug? Warum (nicht)?*
- 2) *Welche Gegenmassnahmen sieht der Stadtrat generell, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken? Welche Massnahmen hat er bereits eingeleitet?*
- 3) *Welche guten Dienste kann und will der Stadtrat den Betroffenen in der Riedmatt anbieten? (es geht dabei nicht nur um diejenigen Parteien, die sich juristisch gewehrt haben, sondern auch um den grossen Rest, der dies nicht will oder nicht wagt)*
- 4) *Sind die Baubewilligungen (z.B. für die Wintergärten auf den Balkonen) bereits erteilt oder sind solche im konkreten Fall nicht nötig?*

Zug, 11. März 2001

namens der SP-Fraktion im GGR:
Dolfi Müller